



Politik

## TAGESTHEMA

# Überraschung für die Kommunen

Schwarz-Rot genehmigt 5-Milliarden-Zuschlag

VON UNSERER KORRESPONDENTIN

ALEXANDRA JACOBSON

Berlin. Der Besuch von 50 Bürgermeistern aus NRW bei Sigmar Gabriel (SPD) war nicht umsonst: Nun gab der Wirtschaftsminister und Vizekanzler bekannt, dass der Bund sein geplantes Investitionsprogramm von 10 Milliarden Euro um 50 Prozent auf 15 Milliarden aufstockt. Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem finanzschwachen Städten und Gemeinden zugutekommen.

Die Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann (SPD) und Volker Kauder (CDU) sowie die beiden Minister Wolfgang Schäuble (CDU) und Sigmar Gabriel haben die Änderungen beschlossen. Wie kam es zum Überraschungsscheck für die Kommunen? Gabriel: "Die Spielräume sind da. Ohne Schäuble wäre das nicht möglich gewesen."

Das Investitionsprogramm für die Kommunen besteht aus mehreren Teilen. Zum einen kommt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung der Kommunen bei der Eingliederung von Behinderten (Bundesteilhabegesetz) früher. 2015 und 2016 bleibt es zwar jeweils bei der vereinbarten einen Milliarde pro Jahr, doch 2017 steigt die Entlastung bereits auf 2,5 Milliarden Euro und erreicht 2018 fünf Milliarden Euro pro Jahr. Zum anderen wird ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro für 2015 bis 2018 geschaffen. Dieser Fonds dürfte vor allem die finanzschwachen Kommunen in NRW interessieren, denn für die Investitionen soll der kommunale Eigenanteil nur zehn Prozent betragen. Die Städte und Gemeinden sollen die Mittel in Straßen, Schulen und kommunale Gebäude stecken. Gabriel sagte, Schwarz-Rot wolle ein "Ausbluten" der Kommunen verhindern, "denn verwarhrloste Städte und Gemeinden produzieren verwarhrloste Köpfe und Seelen". Zusammen mit den Beihilfen zum Betrieb von Kitas, der Aufstockung der Städtebauförderung und der Entlastung bei den Flüchtlingsunterkünften pumpe Schwarz-Rot mehr als 5 Milliarden Euro in die kommunale Entlastung, so Gabriel.

Von den restlichen 10 Milliarden geht der Löwenanteil von 4,35 Milliarden Euro an den Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Die soll er in marode Straßen stecken und in den Ausbau des Breitbandnetzes. Auf die SPD-geführten Ministerien entfallen rund 2,5 Milliarden Euro. Der Rest von 3 Milliarden wird auf alle Ministerien verteilt.

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft lobte das Paket. Für die finanzschwachen Gemeinden seien die Milliarden ein wesentlicher Schritt, um wieder dringend nötige Investitionen tätigen zu können, sagte sie in Düsseldorf. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post aus Minden lobte die Entscheidung ebenfalls: "Dass es endlich mehr Geld für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe und für die Kreise, Städte und Gemeinden auch in Ostwestfalen-Lippe gibt, ist überfällig. Den Erfolg haben wir gegen unseren Koalitionspartner in Berlin durchgesetzt." Britta Haßelmann, kommunalpolitische Sprecherin der Grünen, kritisierte, dass die Entlastung bei der Eingliederungshilfe zu spät komme.